

Genossenschaften

Wie schon gesagt wurde, wanderten gleichzeitig mit der Industrialisierung tausende Bauern, die kein eigenes oder nicht genügend Ackerland hatten, in die Städte der Industriegebiete, um dort als Arbeiter einen Arbeitsplatz finden zu können. Zuerst brauchten sie Schlafplätze und als ihre Familien die Dörfer verließen und zu ihnen kamen, brauchten sie eigene vier Wände zum leben. Diese große Nachfrage nach Wohnplätze führte zur Gründung von Wohnungsgenossenschaften und später Baufirmen.

Als Folge des ersten Weltkriegs, waren zahlreiche Häuser zerstört und durch die erneute Welle der Industrialisierung stieg die Wohnungsnachfrage in den Städten nochmals stark an. Mit der gesteigerten Nachfrage stiegen auch die Mieten. Weil das Lohnniveau der Arbeiter niedrig war, war deren Nachfrage konzentriert auf minderwertigen Wohnraum. Vor diesem Hintergrund wurde in der Arbeiterklasse, von Victor Aimé Hüber, die Idee des genossenschaftlichen Wohnens geboren, um die Wohnungsnot zu lindern und die Abhängigkeit der Arbeiter von ihren Vermietern zu beseitigen. So bildeten die Arbeiter gemeinschaftliches Wohneigentum, weil sie das als Einzelne nicht realisieren konnten. Bis 1928 wuchs die Zahl der Wohnungsbaugenossenschaften in Deutschland auf 4.000.

1926 gründete der Deutsche Gewerkschaftsbund gewerkschaftseigenen Wohnungsunternehmen, um diese Idee zu unterstützen und kleine günstige Wohnungen für die Arbeiterfamilien zu bauen. Der Hauptsitz der Genossenschaft war zunächst in Hamburg, später wurden die verschiedenen Genossenschaften aus verschiedenen Städten zum Bau- und Wohnungsunternehmen „Neue Heimat“ vereinigt.

1930 war die Welt mit der Großen Krise des Kapitalismus konfrontiert. In Deutschland gingen viele kleine Unternehmen pleite, was für Viele den Verlust des Arbeitsplatzes bedeutete und den Gewerkschaften Mitglieder kostete. 1932 fielen die realen Löhne um 15 bis 20 % und damit auch die Kaufkraft der Arbeitern. Obwohl die Freie Gewerkschaft Mitglied der Koalitionsregierung war, war sie mit der Wohnbauförderung in den meisten Fällen erfolglos.

Nach der Machtübernahme der Nazis, wurden die Gewerkschaften gleichgeschaltet und die Gewerkschaftshäuser von der SA besetzt und ihr Vermögen auf die DAF (Deutsche Arbeitsfront) übertragen. Und dies, obwohl die Gewerkschaften im März 1933 Hitlers Regierung anerkannten

und die Freie Gewerkschaft am 1. Mai die Arbeiter einlud, an einer Veranstaltung der Nationalsozialistischen Partei unter den Namen „Tag der Nationalen Arbeit“ teilzunehmen.

In diesem Zuge wurde auch die Wohnungsbau für die Arbeiter beendet und die Arbeitergenossenschaften verloren ihre Unabhängigkeit. Die Deutsche Arbeitsfront (DAF) benannte 1939 die einzelnen Firmen in *Neue Heimat* um.

Nach dem Wiederaufbau der Einheitsgewerkschaft DGB ab 1949 wurde die nordische Neue Heimat 1952 von der britischen Besatzungsmacht dem DGB übergeben.

Wohnungsbaugenossenschaften beteiligten sich in der Nachkriegszeit intensiv am Wiederaufbau. Doch damit ging bei vielen auch ein Wandel der Struktur einher und sie wurden mehr mit dem Wohnungsmarkt verbunden. Dadurch wurde das Dach über dem Kopf der ArbeiterInnen zur eine Ware, die Gewinn bringen soll. Allmählich sank durch Zusammenführung die Zahl der Wohnungsbaugenossenschaften zwischen 1952 und 1978 von 1.600 auf 1.200.

Die Wohnungsbaugenossenschaft der Gewerkschaft entfernten sich auch mehr und mehr von ihrem Gründungsziel, der Versorgung von Arbeitern mit Kleinwohnungen. Sie verhielt sich wie alle Großkonzerne im Bausektor. Bis Ende der 1950 Jahre stieg die Anzahl der Neubauwohnungen von Neue Heiat auf mehr als 100.000 und bis 1962 mehr als 200.000. Ab 1962 war die Neue Heimat auch im Ausland als profitorientiertes Bauunternehmen tätig. Sie beteiligte sich auch an Projekten, die nichts mit der Versorgung von ArbeiterInnen zu tun hatten, wie der Olympia-Pressstadt in München 1972.

Zusätzlich hat sich der Staat seit den 1980er Jahren zu Gunsten von privaten Bauunternehmen aus der sozialen Wohnraumförderung zurückgezogen. Im Jahr 2006, wurde mit einer Reform die Zuständigkeit für den sozialen Wohnungsbau vom Bund auf die Länder übertragen. So hatte die Zahl der Sozialwohnungen in den letzten 30 Jahren von über 3 Millionen auf 1,2 Millionen im Jahr 2017 reduziert.

Neue Heimat Affäre

Am 8. Februar 1982 erschien ein Bericht im Spiegel, in dem aufgedeckt wurde, dass sich mehrere Vorstandsmitglieder persönlich bereichert hatten. Führungskräfte der Neuen Heimat hatten über Strohmänner eigene

Unternehmen aufgebaut und sich überteuerte Aufträge der Neuen Heimat zugeschoben. Die Affäre zog noch weitere Kreise und involvierte auch andere Personen und Baufirmen wie die Immobilienfirma "Terrafinanz".

Mit einem Zitat beende ich meine heutige Auseinandersetzung mit der Affäre und komme zurück zur heutigen Situation: In der „Zeit“ vom 19. Februar 1982 steht: „Hätte man der Neuen Heimat nicht erlaubt, den Heiligenschein der Gemeinnützigkeit zu tragen, ... dann hätte sie sich wie ein normales Unternehmen benommen. Den Eigentümern, den Steuerzahlern und den Mietern wäre dann mancher Skandal erspart geblieben.“

Das Ergebnis der beschriebenen Situation, einer Politik der Regierungen, die den Privatsektor schützt, Spekulation und betrügerische Geschäfte, Korruption und Monopole im Baubereich, sowie eine fehlende Kontrolle von Seiten der Arbeiter*innen, wie im Falle der Neuen Heimat kann heute betrachtet werden. Dieser Situation stehen Menschen mit geringem und niedrigem Einkommen hilflos gegenüber.

Heute ist die Mehrzahl der Neubauwohnungen für Normalverdiener und Leute mit geringem Einkommen unbezahlbar. Die Kaltmitte pro Quadratmeter für eine Neubauwohnung liegt in Berlin bei durchschnittlich 14 Euro, in Frankfurt am Main bei 15 Euro, und in München bei fast 19 Euro. In Hannover sind es 11,50 Euro.

Es gibt verschiedene Ursachen für diese Verteuerung. Die wichtigsten sind: Spekulation auf dem Wohnungsmarkt, Erhöhung der Preise von Grund und Boden (in vielen Städten um mehr als 150% zwischen 2013 und 2017), und die steigenden Baukosten.